ständiger Existenzen in sich vereinigen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Dresden, Ostraallee 27.

—SEA. Reichstagwahl und Kirche. Den Vorbereitungen auf die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage sieht man auch in kirchlichen Kreisen mit lebhaftem Interesse entgegen. Nachdem die Reichsverfassung einen Teil der Grundlagen für die Entwicklung freier Volkskirchen geschaffen hat, bleiben noch wesentliche Fragen durch die Reichsgesetzgebung zu regeln. So sieht § 146 der Verfassung ein Reichsgesetz vor, das die Grundsätze regelt, nach denen die Landesgesetzgebung den Willen der Erziehungsberechtigten bei der Gliederung des Schulwesens zu berücksichtigen hat. Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein, dies Gesetz zu verabschieden. Von kirchlicher Seite wird der größte Wert darauf gelegt, daß durch dieses Reichsgesetz nicht das verfassungsmäßige Recht auf die Erhaltung der evangelischen Schule, für die sich bereits jetzt über eine halbe Million Eltern in Sachsen mit ihrer Unterschrift erklärt haben, beeinträchtigt wird, indem man etwa die Einrichtung einer Simultanschule in allen, auch den kleinsten, rein evangelischen Gemeinden zur Voraussetzung macht. — Der Reichsgesetzgebung unterliegt ferner die Aufstellung von Grundsätzen für die Ablösung der bisherigen Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. Da diese Staatsleistungen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhen, so ist es wichtig, daß sie in einer den heutigen Geldverhältnissen entsprechenden Form abgelöst werden. — Auch für den verfassungsmäßig gewährleisteten Schutz des Sonntags und der staatlich anerkannten Feiertage wird gegenüber Uebergriffen der Einzelstaaten eine Stellungnahme des Reichstages nötig sein. Wie die landeskirchliche Aufklärungsstelle hört, werden verschiedene größere volkskirchliche Vereinigungen demnächst noch vor der Aufstellung von Kandidaten an die einzelnen Parteien herantreten, um ihre Stellungnahme zu diesen Fragen festzustellen und die kirchlichen Kreise dementsprechend aufzuklären.

— Der Steuerabzug vom Gehalt und Lohn. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (R. G. Bl. S. 428) wird der Tag des Inkrafttretens der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes (betr. den Abzug von 10 v. H. bei der Lohnzahlung durch den Arbeitgeber) vom Reichsminister der Finanzen demnächst bekannt gegeben. Erst mit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen beginnt der Lohnabzug, auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht.

— Die Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Lehrerinnen fand dieser Tage in Chemnitz statt. Zwei wichtige Fragen harrten der Beantwortung. Die erste lautete: Sollen sich die Volksschullehrerinnen dem Sächsischen Lehrerverein anschließen und in welcher Form? Die zweite lautete: Wie soll sich die Lehrerinnenbildung in Zukunft gestalten? Beide Fragen erhielten eine Antwort, in der das Streben nach Einheit klar zum Ausdruck kam; die Lehrerinnen an den Volksschulen wollen sich unter gewissen Voraussetzungen dem Sächsischen Lehrerverein anschließen, doch sind noch Verhandlungen zwischen beiden Vereinen notwendig. Hinsichtlich der Lehrerinnenbildung fordern alle Lehrerinnen als Vorbereitungsanstalt eine höhere Schule (Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule oder die noch zu schaffende Deutsche Oberschule), auf der nach dem 16. Jahre eine Gabelung eintritt. Ein öffentlicher Vortrag gewährte auch weiteren Kreisen die Möglichkeit, einen Blick in die Werkstätte der Lehrerinnen zu tun. Fräulein Hunger sprach über: Schmückendes Zeichnen in Verbindung mit Kabelarbeiten.

)(Dresden. Zu den in Ober-Poritz vorgekommenen Uebergriffen einer Zahl junger Arbeiter wird uns mitgeteilt, daß durch sofortiges Eingreifen des Justizministers der als Geisel festgenommene Schmied Domschke am folgenden Tage wieder befreit worden ist und daß nicht nur die von dem Trupp Streikender weggenommenen Waffen der Einwohnerwehr nunmehr bei der zuständigen Amtshauptmannschaft abgegeben worden sind, sondern daß auch die Waffen abgegeben worden sind, welche die Arbeiter selbst noch widerrechtlich inne hatten.

* Dresden. In einer Versammlung der Bankangestellten wurde bekanntgemacht, daß die Bankleitungen und Inhaber den Vermittlungsvorschlag des Schlichtungsausschusses abgelehnt haben. Der Streik soll bis zur Erfüllung der Forderungen durchgeführt werden.

)(Pirna. Das hiesige Exekutivkomitee gibt bekannt, daß sich am Sonnabend nachmittag sämtliche bewaffnete Arbeiter im Weißen Roß zu Pirna einzufinden haben. Wer nicht erscheint, dem wird die Waffe entzogen. Der Bankbeamtenstreik ist, abgesehen von der Reichsbank, in Pirna vollständig.

Bad Elster. Die Badezeit beginnt am 15. April und endet am 30. September. Der Badedirektor von Bad Elster Oberregierungsrat v. Alberti ist zugleich Vorstand der dort für die Dauer der Badezeit bestehenden Polizeikommission.

* Arnsdorf. Gestern morgen gegen 4 Uhr entstand in den hiesigen Feldindustriewerken ein Brand, der eine riesige Ausdehnung annahm. Es wurde das ganze Bretterlager vernichtet. Der dadurch entstandene Schaden beziffert sich auf zirka 1 Million Mark. Zur Löschung waren die Wehren von Arnsdorf, Kleinwolmsdorf und Fischbach anwesend.

)(Zwickau. Im benachbarten Orte Stein wurde ein dort beschäftigter Sattlergehilfe K. in Werdau festgenommen, welcher zahlreiche Darlehnskassenscheine über 2 Mark gefälscht und in Verkehr gebracht hatte, auch falsche 20- und 50-Markscheine herzustellen versuchte, was ihm aber noch nicht gelungen war. Zahlreiche halbfertige 2-Markscheine, sowie Platten und sonstiges Falschmünzerwerkzeug wurden beschlagnahmt.

Die Lage im Vogtland.

Gestern früh in der 4. Stunde wurden von der Auerbacher Arbeiter- und Bürgerwehr, von Klingenthal kommend, 5 mit Rotgardisten besetzte Autos, die in der Absicht zu plündern und Geld zu erpressen nach Auerbach kamen, am Stadteingang gestellt und durch Gewehrfeuer zum Halten gezwungen. Die Insassen wurden ins Ratsgefängnis eingeliefert. Auch in den umliegenden Wäldern sind eine Menge Rotgardisten festgenommen worden. Die Gefangenen sind größtenteils junge Leute, zum Teil aus Leipzig, Berlin, dem Ruhrgebiet, ja, auch Russen sind darunter. Einem beim Gasthaus Winselburg festgenommenen Trupp konnten über 50 000 Mark abgenommen werden. — Bei einem dortigen Fabrikanten erpreßten gestern abend sechs mit Revolvern bewaffnete Kerle 20 000 Mark.

Die Arbeiter in Plauen haben beschlossen, nicht in den Generalstreik einzutreten, da sie im Einrücken der Reichswehrtruppen einen nur gegen Höfer gerichteten Schritt erblicken. Den hier eingebrachten 122 Rotgardisten sind bis annähernd 150 000 Mark abgenommen worden.

—* Die Osteraufnahme in der Oberrealschule i. E. zu Riesa betrug 85 Schüler bez. Schülerinnen. Von diesen traten in die Sexta 56 ein, 29 verteilen sich auf die Klassen Quinta bis Obersekunda. Aus dem verflossenen Schuljahr wurde ein Bestand von 251 Schülern übernommen, sodaß die Oberrealschule zurzeit von 336 Schülern besucht wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Polen wollen die Reichstagswahlen in Oberschlesien verhindern. In einem Aufrufe der nationalpolnischen Vereine und Organisationen, an deren Spitze das polnische Plebiszitkommissariat für Schlesien, gez. Korfanty, steht, heißt es u. a.: Wir erklären hiermit feierlichst im Namen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, daß wir den Standpunkt der interalliierten Kommission bezüglich der Wahlen zum deutschen Parlament völlig billigen, und daß wir gegebenenfalls jedwedes Mittel anwenden werden, um Wahlen zum deutschen Parlament zu verhindern.

Belgien.

Wahlrecht für die Frauen. Der Senat nahm einen Gesetzentwurf betr. das allgemeine Wahlrecht an, der auch den Frauen das Stimmrecht verleiht.

Türkei.

Eine neue Regierung ausgerufen. Nach einer „Times"-Meldung aus Konstantinopel hat sich Mustafa Kemal Pascha zum Großwesir einer neuen Regierung in Anatolien ausgerufen. Er übernimmt das Kriegsministerium. Nach einer Meldung der Morningpost sollen die Bolschewisten ein Abkommen mit Mustafa Kemal Pascha getroffen haben.

Rußland.

Die Friedensbedingungen Lettlands. Nach einer Meldung aus Kowno bestehen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Kriegsentschädigung von zwei Milliarden in Gold, Rückgabe des weggeführten Eisenbahnmaterials, sowie der Maschinen, ferner des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine weitere Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Lettland einen Anteil am russischen Goldbesitz.

Erfolge der Japaner in Sibirien. Wie die Amsterdamer Blätter berichten, meldet Eastern Service aus Tokio: Die japanischen Truppen haben in Sibirien einen vollständigen Sieg davongetragen, Nikolsk und Chabarowsk erobert und die sibirischen Truppen bei Sielteusk geschlagen. Die Bahnlinien im Gebiet von Wladiwostok befinden sich sämtlich in der Hand der Japaner. Diese haben erklärt, daß sie nicht an eine dauernde Besetzung denken, sondern nur die Ordnung wiederherstellen und die Bolschewisten vernichten wollen. An der Ostküste des Baikalsees wurden die Bolschewisten von den Japanern geschlagen. Aus Japan gehen drei neue Divisionen zur Unterstützung der in Sibirien kämpfenden Truppen ab.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 16. April 1920.

Die neuen Putschabsichten.

)(Berlin. Zu den neuen Putschgerüchten schreibt der „Lokalanzeiger", in Pommern herrsche Ruhe und von der Absicht eines neuen Putschversuches könne keine Rede sein. Der Oberpräsident der Provinz habe sich gestern abend auf einige Tage nach Berlin begeben, um Bericht zu erstatten. Wenn auch zugegeben sein möge, daß große Teile der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden seien, so lehne man doch einen Putsch allgemein ab. Ernster sehe die Lage der Provinz bezüglich der Landarbeiter aus. Hier machten sich Anzeichen bemerkbar, die auf Streiks in größerem Umfange hindeuten. Die Arbeiter, die ursprünglich selbst die Forderung nach Zwangstarifen aufgestellt hätten, seien jetzt mit diesen Zwangstarifen unzufrieden. Im roten „Tag" sagt Graf Posadowsky, auch die rechtsstehenden Parteien hätten ein Recht zur Beschwerde gegen Kapp und seine Leute. Es bedeute einen schweren Vertrauensmißbrauch, daß Personen, die sich zu ihnen zählten, hinter ihrem Rücken diese Verschwörung anzettelten entgegen der klaren politischen Stellung der Rechtsparteien. Sie hätten damit aufs neue Zwiespalt in die eigenen Reihen gebracht.

Das Berliner Polizeipräsidium hält Befürchtungen wegen eines baldigen neuen Militärputsches für übertrieben und glaubt keinesfalls, daß die Sicherheit Berlins in der nächsten Zeit irgendwie gefährdet wäre. Schließlich lassen auch die verantwortlichen militärischen Stellen mitteilen, daß die pommerschen Truppen absolut regierungstreu sind, an ihrer Spitze Generalmajor Weber, der ein umsichtiger, ruhiger und verfassungstreuer Mann sei und in den Kapp-Tagen als erster Offizier Lüttwitz zum Rücktritt aufgefordert hat. Ohne die Reichswehr aber könnten die ehemaligen Baltikumer in der Maske der Landarbeiter nichts unternehmen.

Nationaler Bolschewismus.

)(Berlin. Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern die Hauptleute Viebahn und Bohnstedt, Kapitänleutnant Altvater und Leutnant Viebahn mit 3 Kommunisten zur Beratung zwecks Zusammenschlusses auf nationalkommunistischer Grundlage. Die Sitzung wurde entdeckt. Reichswehrminister Geßler vernahm sogleich die Teilnehmer, ließ sie festnehmen und dem Polizei-Präsidium zuführen. Heute vormittag wurden die Vernehmungen fortgesetzt.

Gewalttätige Betriebsräte.

)(Berlin. Die Betriebsräte der Gesellschaft Knorrbremse forderten gestern von der Direktion tausend Mark für jeden der 3600 Arbeiter, keine Akkordarbeit mehr, sondern sechs Mark Stundenlohn und die Bezahlung der Kapp-Streiktage. Bei dieser Gelegenheit wurden die Arbeiter tätlich und zwangen schließlich den Direktor, die Zahlung von 500 Mark schriftlich zuzugestehen. Die Direktion erkannte aber nachher die Erklärungen des Direktors nicht an und beschloß, heute die Arbeiter zu entlassen.

Soldaten vom Wahlrecht ausgeschlossen.

* Berlin. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung begann am Mittwoch die Spezialberatung des Reichswahlgesetzes. Nach § 2 sind vom Wahlrecht Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht ausgeschlossen. Diese Bestimmung begründete Hauptmann v. Maröes. Das Heer muß entpolitisiert werden. Durch die Politisierung werde Disziplin und Kameradschaft untergraben. In der Kapp-Zeit sei gesagt worden, das Heer fordere Neuwahlen. Demgegenüber sei zu sagen, daß der größte Teil der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Ansicht sei, das Heer müsse entpolitisiert werden. Die Abg. Eichhorn (U. S.) und Schmidt-Sachsen (Soz.) forderten demgegenüber auch das Wahlrecht der Soldaten, das hingegen der Abg. Waldstein (Dem.) aus Gründen der rechtlichen Sonderstellung der Soldaten bekämpfte. Minister des Innern Koch trat für das Nichtwählen des Heeres ein, da die politische Organisation das Heer zermürben müsse. Graf Dohna (D. Vp.) und Herold (Zentr.) schlossen sich diesen Ausführungen an, während der Abg. Katzenstein (Soz.) gerade aus Gründen des Staatswohles für das Wahlrecht der Soldaten eintrat. § 2 wurde nach der Regierungsvorlage angenommen mit der Aenderung, die Abg. Keil (Soz.) beantragt hatte, wonach Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden, ihr Wahlrecht ausüben dürfen.

Die Franzosen in Frankfurt bauen ab.

* Frankfurt a. M. Die Franzosen bauen langsam ab. Heute morgen lagen das französische Kolonialregiment und ein Linienregiment die Stadt verlassen. Die Absperrungen am Hauptbahnhof sind aufgehoben. Die Wachen dortselbst werden eingezogen. Das französische Militär-Polizeigericht Frankfurt a. M. verurteilte in zwei Sitzungen 117 hiesige Einwohner, weil sie nach der Polizeistunde noch auf der Straße von Polizeipatrouillen angetroffen wurden, zu Geldstrafen von 5—20 Mark.

Die Wahlen in Danzig.

)(Paris. Wie Reuter aus London meldet, hat der Sekretär des Völkerbundes dem Oberkommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der Freistadt Danzig am 16. Mai stattfinden würden.

Umsturzbestrebungen überall.

)(Amsterdam. Die Regierung hat in der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung revolutionärer Wühlereien eingebracht.

Dänemark soll die erste Zone besetzen.

)(Kopenhagen. Nach einer Meldung aus Flensburg hat die internationale Kommission der Regierung mitgeteilt, daß es wünschenswert sei, daß Dänemark die erste Zone sobald als möglich besetze.

Protestkundgebungen in Oberschlesien.

)(Beuthen. Die Organisationsleitung der Arbeiter und Angestellten beriefen für Sonntag in allen größeren Städten Oberschlesiens große Protestkundgebungen gegen die Anordnungen der Interalliierten Kommission. Der polnische Zentralverband sagte Beteiligung zu.

Vermischtes.

Die Opfer des Rothensteiner Unglücks. Der zweite Bürgermeister von Königsberg schätzt die Gesamtzahl der Toten des Rothensteiner Unglücks auf 300 bis 400.

Heimgefunden.

Roman von Hans Bossendorf.

14. Fortsetzung.

Als Glück im Unglück betrachtet er es, daß der Verlobte Alidas Marineoffizier und nicht Kaufmann war, also als tätiger Teilhaber für die Firma nicht in Betracht kam. Um so mehr Sorge machte ihm Georg Kupper. Der junge Mann zeigte große Intelligenz und — besonders in der letzten Zeit — auch einen außergewöhnlichen Eifer, der zu denken gab: in wenigen Jahren würde er fähig sein, in dem väterlichen Geschäft den Posten eines Prokuristen zu bekleiden. Und von neuem erwog Herr Wispel den Gedanken an ein überseeisches Exportgeschäft und damit verbundene Entfernung Georgs von Hamburg. Gleich heute wollte er ihm eine vertrauliche Mitteilung von diesem Plane machen, um zu erfahren, ob Georg Kupper wirklich geneigt sei, nach Uebersee zu gehen, wie seine Schwester Alida damals behauptet hatte.

Die elektrische Klingel an seinem Pulte ließ Herrn Wispel aus diesen Gedanken aufschrecken. Es war das Zeichen, daß ihn Herr Kupper senior zu sprechen wünschte, und so eilte er in das Privatkontor des Chefs, der ihn mit allen Zeichen des Unmutes empfing.

„Herr Wispel", begann Kupper, „es muß etwas geschehen. So geht das nicht weiter. Scherbaum und Ott lassen nicht mit sich reden, und der Chartervertrag für die „Timor" geht uns — ich sehe es schon kommen — sicher verloren; von den anderen Unannehmlichkeiten gar nicht zu reden. Zu Neujahr will nun meine Tochter heiraten. Das kostet viel Geld, denn mein Schwiegersohn ist nicht vermögend, und ich möchte die Hochzeit nicht hinausschieben."

In Wispels Augen glänzte ein Hoffnungsschimmer. Also so stand es? Der Termin der Hochzeit hing noch von dem Gang der Geschäfte ab, und der war eben zurzeit nicht glänzend.

„Wenn Sie mich fragen, Herr Kupper, was geschehen soll, so kann ich nur antworten: Abwarten, bis sich die wirtschaftlichen Konjunkturen gebessert haben. Wo irgend etwas zu holen ist, da bin ich, weiß Gott, einer der ersten, aber erzwingen läßt sich jetzt nichts."

„Sehr richtig! Ich denke auch gar nicht daran, hier allgemeine Redensarten zu machen, sondern ich will ein Geschäft, das mir heute durch Vermittlung eines meiner holländischen Verwandten angeboten worden ist, mit Ihnen besprechen. Also hören Sie: Wir sollen Offerte für den Transport zu einem großen Eisenbahnbau in Niederländisch-Indien einreichen. Das wäre ein jahrelang laufendes, sicheres Geschäft, und die Sache ist eben nur die, ob unsere Offerte niedrig genug sein wird, denn wir haben mit noch zwei Firmen zu konkurrieren. Daß wir uns für die niedrigen Raten, die heute üblich sind, auf Jahre hinaus binden, das erwartet man natürlich nicht von uns. Andererseits dürfen wir aber auch nicht zu teuer sein, denn ich will mir das Geschäft nicht entgehen lassen, aus den vorhin angedeuteten Gründen —"

Auf Grund einer langen, sorgfältigen Beratung wurde man sich über den zu fordernden Preis einig. Niemand im Kontor sollte etwas von der Angelegenheit erfahren, um ein Ausplaudern zu verhindern. Prokurist Wispel schrieb den Brief eigenhändig. Herr Kupper unterschrieb ihn, und dann legte ihn Wispel wieder persönlich in das Geheimkopierbuch. Noch einmal las Kupper dann den Inhalt des Schreibens durch und nickte befriedigt. Dann nahm es der Prokurist mit an sein Pult, um es zu expedieren.

Immer wieder zögerte er, das Kuvert zu schließen, sollte doch dieser Brief endlich wieder einen größeren Verdienst einbringen, und so Alidas baldige Hochzeit ermöglichen. Gab es keinen Weg, dieses Geschäft zu vereiteln? Vielleicht sprang der Freier ab, wenn er sah, daß es mit der Mitgift haperte. Und wieder überflog Wispel das Schreiben; niemand war in seiner Nähe. Noch einmal sah er sich um, dann ergriff er die Feder, machte aus einer Drei eine Acht, wodurch die Kalkulation ganz wesentlich erhöht wurde, und schloß das Kuvert.

„Griebel," rief er dann mit lauter Stimme, „tragen Sie sofort diesen Einschreibebrief zur Post! Aber Vorsicht, er ist sehr wichtig." —

Und nun wollte er mit Georg Kupper sprechen, doch er fand dessen Platz bereits leer. Auch die anderen jungen Leute hatten meist schon das Kontor verlassen, denn es ging bereits auf sieben.

„Hallo!" rief Wispel hinter dem hinauseilenden Lehrling her. „Hat Herr Georg Kupper schon das Haus verlassen?"

„Eben geht er die Treppe hinunter!" kam die Antwort. „Ich sage ihm Bescheid!" Und froh, dem launenhaften Vorgesetzten einmal gefällig sein zu können, lief der Lehrling Georg Kupper nach.

„Herr Kupper, einen Moment, bitte! Herr Wispel möchte Sie noch einmal sprechen!"

(Fortsetzung fo